

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsverein Süd

Vorsitzender Jens Hoffmann

☎ 04921/992366 • E-Mail: jens.hoffmann@spd-emden-sued.de

<http://www.spd-emden-sued.de>



Emden, den 19.02.12

Ich bitte um Veröffentlichung der folgenden Pressemitteilung:

SPD-Ortsverein Süd für Hans-Dieter Haase als Landtagskandidat

Der Emdener SPD-Ortsverein Süd spricht sich dafür aus, Hans-Dieter Haase als Kandidaten des Wahlkreises Emden/Norden für die Landtagswahl 2013 zu unterstützen. Der Ortsvereinsvorsitzende und Vorsitzende des Unterbezirks Emden, Jens Hoffmann, erklärte im Rahmen einer Mitgliederversammlung, dass bei der Landtagswahl im kommenden Jahr die Chance bestünde, die derzeitige schwarz-gelbe Landesregierung endlich abzulösen und für einen Politikwechsel in Niedersachsen zu sorgen. Ostfriesland werde hiervon sicherlich profitieren. Der für seine Landtagsarbeit seit Langem bekannte und anerkannte Hans-Dieter Haase werde hierfür mitgarantieren können.

Gast der Mitgliederversammlung war der SPD-Bundestagsabgeordnete Garrelt Duin, der sich zu aktuellen politischen Themen im Bund äußerte. Duin erklärte, dass es im Bezug auf die Lage Griechenlands andere Ideen geben müsse, als sie bisher von den Handelnden wie Bundeskanzlerin Angela Merkel kommen. Sicherlich sei Sparen erforderlich, genau wie der Abbau von übertriebenen Privilegien. Gleichzeitig müsse man jedoch auch Anreize schaffen, um der griechischen Wirtschaft wieder mehr Flexibilität zu ermöglichen. Dies könnte beispielsweise durch die Schaffung einer zentralen Stelle für Kreditvergaben an Firmen erfolgen, wie dies in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg durch die Bank für Wiederaufbau erfolgte und bis heute noch erfolgt.

Weiterhin erläuterte Duin die Grundzüge einer neuen Industriepolitik der SPD, mit der man Deutschland für die Zukunft besser vorbereiten könne. Die Industrie habe sich gerade in Zeiten der Finanzkrise als stabile Basis der Wirtschaft bewährt. Große Betriebe müssten auf jeden Fall in Deutschland gehalten werden. Baldmöglichst sollten Möglichkeiten gesucht werden, um dem durch den demografischen Wandel unvermeidbaren Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Dies sei nur längerfristig möglich, hier müsse man jedoch bereits im Kindergartenalter anfangen, um jedem Kind die bestmögliche Startmöglichkeit zu geben. Ein weiterer Baustein der Industriepolitik müsse es sein, die Energiekosten für Unternehmen in Deutschland zu senken. Diese seien heute oft mit ausschlaggebend für oder gegen eine Standortentscheidung zugunsten Deutschlands.

Auch Duin bekräftigte, dass Niedersachsen im Jahr 2013 unbedingt einen Regierungswechsel nötig habe. Auf vielen Politikgebieten gebe es Stillstand, z.B. bei der für Deutschlands Zukunft so wichtigen Schulpolitik.

Duin sprach sich dafür aus, die vor einigen Jahren abgeschaffte Befristung für den Einsatz von Zeitarbeitskräften wieder herzustellen. Zeitarbeit werde heutzutage zu oft dafür missbraucht, reguläre Arbeitskräfte durch billigere Zeitarbeiter zu ersetzen.

Ebenfalls Thema von Duins Ausführungen war das Rentensystem in Deutschland. Er wies u.a. darauf hin, dass es die rot-grüne Regierung war, die per Gesetz festlegte, dass es auch bei negativer Lohnentwicklung keinesfalls eine Minusrunde bei der Rente geben kann. Auch wenn die SPD oft für die Rente mit 67 gescholten werde, ohne dieses Gesetz hätten die deutschen Rentner in den vergangenen Jahren sogar bereits Rentenkürzungen hinnehmen müssen. Aktuell fordere die SPD die Rückstellung der Erhöhung des Rentenalters. Bereits bei Arbeitnehmern ab Mitte 50 nehme die Beschäftigungsquote ab und es sei somit kaum möglich, überhaupt bis 67 zu arbeiten. Längerfristig werde es aber Probleme mit der Grund-Finanzierung der Renten geben. Die Anzahl der Rentenempfänger im Verhältnis zu den noch erwerbstätigen Beitragszahlern werde sich aufgrund der geringen Geburtenrate schon in den nächsten 15 - 20 Jahren drastisch erhöhen.

Im Zusammenhang mit der zukünftigen Rentenfinanzierung sprach sich Duin dafür aus, dass kein Kind ohne hervorragende Schulausbildung aufwachsen dürfe, da jedes gut ausgebildete Kind später ein Beitragszahler werde. Seiner Ansicht nach sei ein großes Problem hierbei, dass die Bildung immer noch Ländersache sei. Es sei längst überfällig, hier eine länderübergreifende Regelung zu finden. Die Schulausbildung müsse bundesweit unter gleichen Voraussetzungen durchgeführt werden.

Gez. Jens Hoffmann

(Vorsitzender)